



Joshua Frey und Reinhold Pix

Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg



Pressemitteilung vom Montag, 25. Februar 2019

Gerechtigkeit für LandwirtInnen im Südschwarzwald durch klare Verwaltungsentscheidungen

Gegensätzliche Verwaltungsentscheidungen durch verschiedene Behörden haben in den vergangenen Jahren zu Unmut und Unsicherheit bei vielen weidebewirtschaftenden LandwirtInnen im Südschwarzwald geführt. Denn diese Entscheidungen bei Vorort-Kontrollen haben für sie zur Folge, dass sie sich mit einer geringeren finanziellen Förderung, Planungsunsicherheiten bis hin zu Sanktionen konfrontiert sehen.

Deswegen fordern die Grünen Landtagsabgeordneten Reinhold Pix und Joshua Frey mit Nachdruck, dass das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, wie im vergangenen Jahr in Absprache mit dem Ministerium für Umwelt und Energiewirtschaft angekündigt, den unteren Landwirtschaftsbehörden eine abgestimmte und klare Checkliste für die Vorort-Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe zur Verfügung stellt.

Fachpolitiker Reinhold Pix MdL: „Landwirtinnen und Landwirte brauchen endlich Klarheit. Deswegen ist es dringend notwendig, dass den unteren Landwirtschaftsbehörden solche Checklisten nun zur Verfügung gestellt werden, die den Handlungsspielraum der europäischen Gesetzgebung dazu nutzen, unsere Landschaft und die kleinstrukturierten Landwirtschaft zu erhalten. Dies muss klares Ziel sein und deswegen braucht es ein Miteinander von Behörden mit LandwirtInnen. Andere Bundesländer, zum Beispiel Rheinland-Pfalz, haben dies schon längst getan.“ Joshua Frey und Reinhold Pix sind überzeugt, dass eine solche Checkliste zu den notwendigen bürokratischen Entlastungen von LandwirtInnen aber auch Behörden führen wird.

Zuletzt haben die beiden GRÜNEN Abgeordneten sich auch in Brüssel für ein gerechtes und praxistaugliches Verfahren eingesetzt und zahlreiche Gespräche geführt. „Man kann den Kontrollbehörden eine gewisse Vorsicht nicht verübeln. Wichtig ist aber, dass auf die besondere Situation unserer Weidetierhaltung in Baden-Württemberg eingegangen wird. Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik auf EU-Ebene wurde den Ländern mehr Spielraum in Aussicht gestellt. Den gilt es im Sinne einer praxisnahen und praktikablen Förderung in Zukunft zu nutzen“, so der Europa-Experte Joshua Frey MdL.